

Dutzende Bundesstaaten verklagen Trump: Chaos durch verrpckte Zollpolitik!

Ein Dutzend US-Bundesstaaten verklagt die Trump-Regierung wegen rechtswidriger Zollpolitik, die die Wirtschaft destabilisiert.



New York, USA - Inmitten wachsender Spannungen in der amerikanischen Wirtschaft haben heute elf Bundesstaaten Klage gegen die Trump-Regierung eingereicht. Die Anklage wird vor dem US-Bundesgericht für internationalen Handel in New York verhandelt und richtet sich gegen die als chaotisch und rechtswidrig bezeichnete Zollpolitik des Präsidenten. Die Kläger argumentieren, dass diese Politik auf Trumps Launen basiere und nicht auf einer rechtmäßigen Autorität. Insbesondere steht die Behauptung im Raum, dass der Präsident Zölle willkürlich auf Grundlage des International Emergency Economic Powers Act (IEEPPA) erheben kann, was in der Klage als rechtswidrig

angefochten wird. **Welt** berichtet, dass die Klæger insbesondere die Ausfþhrung der Zølle als Verstoá gegen die verfassungsmæáige Ordnung ansehen.

Die klagenden Bundesstaaten sind unter anderem Oregon, Arizona, Colorado, Connecticut, Delaware, Illinois, Maine, Minnesota, Nevada, New Mexico, New York und Vermont. Kris Mayes, die Generalstaatsanwæltin von Arizona, bezeichnete Trumps Zollplan als verrþckt und illegal , wæhrend Connecticut s Generalstaatsanwalt William Tong die Zølle als eine Katastrophe fþr Familien und Unternehmen abtat. Die Klage fordert darþber hinaus, dass nur der US-Kongress die Befugnis zur Erhebung von Zøllen hat, da der Præsidet sich nur in einer tatsæchlichen Notsituation auf das IEEPA berufen kann, die eine auáergewøhnliche Bedrohung darstellt. **Die Zeit** erlæutert weiter, dass die Klæger eine Wiederherstellung der Zustimmung des Kongresses zu Zøllen anstreben.

Wirtschaftliche Folgen der Zollpolitik

Die Zollpolitik von Donald Trump hat bereits jetzt gravierende Auswirkungen auf die US-Wirtschaft. Studie zeigen, dass die Zølle Importe um mindestens 25 Prozent verteuern, was sich negativ auf die Effizienz der Arbeitskræfte- und Kapitalnutzung auswirken kann und zu sinkenden Realløhnen fþhrt. Tatsæchlich haben Experten festgestellt, dass der Handelskrieg unter Trump keine zusætzlichen Jobs geschaffen hat, sondern vielmehr das Risiko von Arbeitsplatzverlusten in betroffenen Regionen erhøhte. **Die NZZ** hebt hervor, dass die zukþnftigen wirtschaftlichen Aussichten durch die Handelskonflikte und steigende Preise erheblich beeintræchtigt werden kønnten.

Gavin Newsom, der demokratische Gouverneur von Kalifornien, hat ebenfalls Klage gegen die Zollpolitik eingereicht. In seiner Klage warnt er, dass Kalifornien als grøáter Importeur des Landes potenziell Milliarden an Einnahmen verlieren kønnte. Da Trump angekþndigt hat, innerhalb der næchsten Wochen neue Zølle festzusetzen, sollte die Verhandlungen mit Unternehmen

oder Ländern scheitern, ist die Unsicherheit groß. Trump erklärte zudem, dass die USA und China weiterhin täglich in Kontakt stünden, während bereits bestehende Zölle auf Produkte aus China wie Elektronik von bis zu 145 Prozent einen hohen Druck auf die Wirtschaft ausüben. **Die Situation ist angespannt**, da die Märkte negativ auf die Zölle reagiert haben und der Dollar an Wert verloren hat.

In Anbetracht der anhaltenden Spannungen kündigte ein Sprecher des Weißen Hauses, Kush Desai, an, dass die Trump-Regierung fest entschlossen sei, den nationalen Notstand zu bekämpfen. Diese Aussage spiegelt die kritische Haltung der Verantwortlichen wider, die eine Korrektur der als ungerecht empfundenen Zölle anstreben und gleichzeitig die Probleme wiederkehrender Handelskonflikte zu adressieren versuchen. Die Entwicklungen könnten nicht nur die Wirtschaft der USA, sondern auch internationale Handelsbeziehungen nachhaltig beeinflussen.

Details	
Vorfall	Klage
Ort	New York, USA
Quellen	• www.welt.de • www.zeit.de • www.nzz.ch

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de